

DIE LINKE hilft!

Der Härtefallfonds gegen Strom- und Gassperren

Alle Berlinerinnen und Berliner sollen in ihren Wohnungen mit Energie versorgt werden können.

Seit dem Januar 2023 gibt es deshalb den Härtefallfonds für Energieschulden. Er wurde noch während der Rot-Grün-Roten Regierungskoalition beschlossen und dann in der Senatsverwaltung für Soziales unter Federführung der LINKEN realisiert.

Wer vor dem Hintergrund der gestiegenen Energiekosten Schwierigkeiten hat, die Strom- oder Gasrechnung zu bezahlen, kann Hilfe aus dem Fonds beantragen. Gedacht ist die Hilfe für jene, die von einer Energiesperre bedroht sind.

Für Haushalte, die ihre Energieschulden nicht aus dem eigenen Einkommen bezahlen können, soll so eine Schuldenspirale vermieden werden.

Die Hilfe aus dem Fonds kann pro Haushalt einmal in Anspruch genommen werden. Voraussetzung für die Zahlung ist, dass vom Strom- bzw. Gasversorger im Jahr 2023 eine Energiesperre angekündigt wurde.

Das Geld wird vom Landesamt für Gesundheit und Soziales direkt an den Energieversorger gezahlt, um die Sperre zu verhindern beziehungsweise zu beenden.

Ziel ist außerdem, dass betroffene Menschen sich an die Energieschuldenberatung wenden, um zukünftige Härten zu vermeiden.

Für die Hilfe gelten großzügige Einkommensgrenzen: für Alleinerziehende mit Kind bis zu 46.480 Euro Jahreseinkommen, für einen Solohaushalt bis zu 33.600 Euro Jahreseinkommen.

Wenn Sie also von einer Energiesperre bedroht sind oder jemanden in solch einer Situation kennen: **Stellen Sie einen Antrag!**

Ich freue mich, dass der Rot-Grün-Rote Senat von Berlin dieses Entlastungspaket geschnürt hat, um die steigenden Energiekosten abzufedern: Für den Härtefallfonds Energieschulden sind dort 20 Millionen Euro eingeplant.

Die Anträge können beim Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) online eingereicht werden. Dafür gibt es beim Service-Portal des Landes Berlin die Internet-Adresse:

<https://service.berlin.de/dienstleistung/331644>

Noch mehr würde ich mich natürlich freuen, wenn Sie den Härtefallfonds nicht brauchen.

Ihre Katrin Seidel

Jamaika für Pankow - Neuwahl des Bezirksamtes

Am 26.04.2023 wählte die Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) das Bezirksamt neu und die Wiederholungswahl vom 12. Februar 2023 nahm damit ihren Abschluss. Dass es für Pankow ein Bündnis aus GRÜNEN, CDU und FDP geben soll, war unlängst bekannt. Die Personalentscheidungen für das Bezirksamt legen nun unmissverständlich offen, wessen Interessen das Bündnis vertritt: die eigenen. Die LINKSFRAKTION verfügt jetzt über 11 Sitze.

Mit nur einer Stimme Mehrheit wurde Dr. Cordelia Koch (B'90/DIE GRÜNEN) zur Bezirksbürgermeisterin gewählt. Eine stabile Mehrheit und ausreichende Legitimation sehen anders aus. Die LINKSFRAKTION hat aus ihrer Skepsis gegenüber der Personalie Koch nie einen Hehl gemacht.

Ihr bisheriges Ressort Soziales hinterlässt Koch in einem katastrophalen Zustand – aufgrund mangelnder Kenntnisse der bezirklichen Verwaltung und langfristiger Zielsetzungen. Fast zwei Dutzend Stellen sind unbesetzt, der Bearbeitungsrückstand bei Anträgen ist immens.

Cordelia Koch löst Sören Benn (DIE LINKE.) im Amt des Bezirksbürgermeisters ab. Sören Benn hat sich fast sieben Jahre lang mit viel Herzblut für die Pankowerinnen und Pankower eingesetzt. Mit ihm geht eine wahre politische Größe – ein Bezirksbürgermeister, der viele Impulse für eine bürgernahe Verwaltung gesetzt hat.

DIE LINKE. wird mit Dominique Krössin weiterhin im Bezirksamt vertreten sein. Leider wird sie das Ressort Schule nicht fortführen können. Ihr folgt der vollkommen unerfahrene Polizeibeamte Jörn Pasternack (CDU). Sie wird als Stadträtin das Ressort Soziales und Gesundheit verantworten. Eine eigene Agenda hat der neue Stadtrat nicht. Es droht ein unkritisches Durchstellen der Landesvorgaben der Großen Koalition und damit ein Stillstand beim dringend benötigten Schulbau.

DIE LINKE. Pankow und die LINKSFRAKTION hatten sich während der Verhandlungen über die Neubildung des Bezirksamtes mit den demokratischen Parteien immer dafür stark gemacht, dass das Bezirksamt nur geringfügig umgebaut werden sollte, um die Verwaltung nicht zusätzlich zu belasten. Damit Verwaltung funktioniert, braucht es Kontinuität in den Leitungen. Das ist dem Jamaika-Bündnis offenbar egal.

Auch aufgrund der investorenfreundlichen Position zum Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Greifswalder Straße betrachtet die LINKSFRAKTION das Jamaika-Bündnis mit großer Sorge. Die Projektvereinbarung zeigt viele Leerstellen, vor allem im Bereich Jugend und Soziales. Umso dominanter erscheint das Thema Teilprivatisierung.

Die Konsequenz? - Pankow braucht eine starke LINKE – jetzt mehr denn je! Die LINKSFRAKTION steht für eine Politik, die auf den Ausbau von sozialer Infrastruktur und des ÖPNV setzt, die dem Mieter*innenschutz verpflichtet ist und die Pankow im Ganzen denkt.

Fraktion DIE LINKE